

Mit dem Fahrrad gegen Ausreiselager

Senat verlängert Mietvertrag für Motardstraße / Aktionstag gegen dortige Unterbringung geplant

Von Tim Zülch

Wer in die Asylunterkunft in der Motardstraße 101, in einem Industriegebiet in Spandau gelegen, eingewiesen wird, ist dort unfreiwillig. Entweder wohnt er dort übergangsweise als Asylbewerber während der Erstaufnahme oder – meist über Jahre – weil ihm vorgeworfen wird, er wirke nicht ausreichend an seiner Abschiebung mit. Antirassistische Gruppen kritisieren die Unterbringung seit Jahren. Für diesen Freitag haben sie deshalb mobilen Protest mit Fahrrädern angekündigt. Ihre Argumente: Das Heim sei zu abgelegen, die Eingewiesenen könnten deshalb nicht am sozialen Leben teilnehmen, das von der Firma Dussmann gelieferte Essen sei ungenießbar und die hygienischen Zustände nicht akzeptabel.

Speziell das »Sachleistungsprinzip« wurde immer wieder moniert. Danach erhalten Menschen kein Bargeld, um selber einzukaufen, sondern nur Fertiggerichte und ein »Taschengeld« von 40 Euro im Monat. Da der Mietvertrag für das Gelände Motardstraße Ende 2008 ausläuft, hofften viele auf ein Ende der unwürdigen Zustände. Doch Integrationsministerin Heidi Knake-Werner (LINKE) entschied anders: Der Mietvertrag mit der Betreiberfirma, dem AWO Bezirksverband Mitte, wird verlängert und das Sachleistungsprinzip auf ein weiteres Heim ausgeweitet. »Diese Einrichtung verfügt über eine Kita, liegt mitten in einem Wohngebiet und ist sehr gut an das Verkehrsnetz angebunden«, so die Senatsverwaltung zu ND.

Für Georg Classen vom Berliner Flüchtlingsrat ist das ein »Zynismus ohnegleichen«. Vor allem ärgert ihn, dass nun offenbar Familien vermehrt Sachleistungen erhalten sollen. Das Resultat sei doch, »dass die Eltern sich zum Teil nicht mehr in der Lage sehen, die Kinder in die Schule zu schicken. Sie haben dann einfach nicht mehr genug Geld, um Schulbücher, Stifte und Ähnliches zu kaufen«.

Es gilt als sicher, dass es sich bei der neuen Unterkunft um das Heim in der Degnerstraße 82 in Hohenschönhausen handelt. Das Heim wird von der plan-invest GmbH betrieben. Die dortige Heimleiterin bestätigte dem ND, dass die Unterbringung nach Sachleistungsprinzip »bereits im Anlaufen« sei. Mindestens ein Wohlfahrtsverband hatte im Vorfeld jedoch Anfragen der Senatsverwaltung, den Betrieb einer Sachleistungsunterkunft zu übernehmen, abgelehnt.

Uta Sternal vom Internationalen Bund, der eine Asylbewerberunterkunft am Drachenring unterhält: »Allein wegen unserem Leitbild wurde das vor einigen Monaten abgelehnt. Denn das Sachleistungsprinzip schränkt die persönliche Entfaltung der Menschen kolossal ein.« Auch das Diakonische Werk äußert sich diesbezüglich gegenüber dieser Zeitung kritisch.

Im August teilte die Senatsverwaltung hingegen fälschlicherweise mit, dass es keine Wohlfahrtsverbände gegeben habe, die eine solche Anfrage abgelehnt hätten. Laut Senatsverwaltung sei die Ausweitung des Sachleistungsprinzips nötig gewesen, weil »derzeit ein leichter Anstieg von Asylbewerberinnen und -bewerbern zu verzeichnen« sei.

In einigen Bezirken regt sich indes Widerstand. Die BVV von Pankow und Marzahn-Hellersdorf haben den Senat aufgefordert, von Einweisungen von Menschen in die Motardstraße Abstand zu nehmen bzw. das Heim zu schließen.

Informationen zum Aktionstag www.chipkartenini.squat.net